

Fortbildungsveranstaltung S2/2013 AfÖG/Netzwerk West sozialpsychiatrischer Dienste

Die UN-Behindertenrechtskonvention – Was hat das mit mir zu tun?

05.03.2013 in Frankfurt

Protokoll Arbeitsgruppe 2: Ambulant aufsuchende Arbeit auf dem Prüfstand

Gisela Petersen, Constantin von Gatterburg

Input Moderatoren:

Herr von Gatterburg:

Umfrage unter den Teilnehmern: „Hat die UN-Behindertenrechtskonvention Auswirkungen auf die ambulant aufsuchende Arbeit?“

Ja, sicher (10 Stimmen)

Eher nein (4 Stimmen)

Weiß nicht (6 Stimmen)

Anmerkung: Bei der Antwort „weiß nicht“ zeigte sich oft eine abwartende Haltung. Die Rechtsgrundlage bestehe noch nicht so lange, zurzeit seine keine Auswirkungen beobachtbar, aber man müsse die weitere Entwicklung abwarten.

Frau Petersen:

Bedeutung des Hausbesuches für Angehörige psychisch Kranker:

- Fundamentale Hilfe
- Individuelle Hilfeleistung
- Einzige niedrigschwellige aufsuchende Hilfe
- Große Bedeutung der sozialpsychiatrischen Dienste
- Hoher Leidendruck bei den Angehörigen
- Frage, wie man den SpD ins einer Arbeit stärken könnte

Bei der Umfrage in der Gruppe geäußerte Aspekte/Themen in Bezug auf die ambulant aufsuchende Arbeit:

Ambulant aufsuchende Arbeit

1. Der Hausbesuch

- a. Kriterien für den Hausbesuch?
- b. Alleinstellungsmerkmal des SpD? - ja, für schwer (chronisch) psychisch Erkrankte – „Um die kümmern, um die sich sonst niemand kümmert.“ (Aber es existieren bereits erste integrative Behandlungsansätze für psychisch Kranke)

2. Arbeit an den Schnittstellen:

- wird allgemein schwieriger
- Schwierigkeit beim Austausch von Daten mit anderen Trägern (**Datenschutz**, in Gefahrensituationen Güterabwägung erforderlich)
- Kooperation mit psychiatrischen Kliniken (Barrieren: z.T. Sprachbarriere bei den Ärzten, Arbeit und fachliche Qualifikation des SpD oft unbekannt, Hürden in der Zusammenarbeit durch hohe Fluktuation in den Kliniken, in der Weiterbildungsordnung zum Facharzt keine Weiterbildung im SpD vorgegeben)

3. Rechtliche Grundlagen (Zwangsbehandlung):

- in den letzten Monaten höhere Rechtsunsicherheit
- vermehrt Verantwortungsdelegation an die Betroffenen
- mögliche Konsequenzen: höhere Obdachlosigkeit und vermehrt Aufnahme in forensische Kliniken

Protokoll: Dr. Petra Wiemer